

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Peter Pilz, Tanja Windbüchler-Souschill; Karl Öllinger,
Freundinnen und Freunde

betreffend Positionierung der Bundesregierung zum österreichischen UN-Kontingent am Golan

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Antrag 2315/A(E) der Abgeordneten Angela Lueger, Werner Amon, MBA, Kolleginnen und Kollegen betreffend die dramatische Situation in Syrien und deren Auswirkungen für die Region und auch für Europa (2422 d.B.)

BEGRÜNDUNG

Der syrische Bürgerkrieg hat in den letzten Monaten auch das UNDOF-Gebiet am Golan erreicht. Syrische Kampfpanzer und organisierte schwerbewaffnete Rebelleneinheiten kämpfen um Bravo-Gate und damit um den Grenzübergang zu Syrien. Aus der entmilitarisierten Zone ist Kriegsgebiet geworden.

Nach der unterbrochenen Nachschublinie über Damaskus ist jetzt auch die letzte Nachschublinie für die österreichischen Soldaten gefährdet.

Unter diesen Voraussetzungen gibt es keine Alternative zum Rückzug der österreichischen Einheiten.

An den Verpflichtungen, die Österreich gegenüber den Vereinten Nationen eingegangen ist, darf sich damit aber nichts ändern.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Zusammenhang mit dem österreichischen UNO-Kontingent am Golan folgende Positionen zu vertreten:

1. Österreich ist nach wie vor bereit, Truppen zur Erfüllung des UNDOF-Mandats zu stellen. Es liegt in der Verantwortung von Syrien, Israel und der UNO, die wesentliche Voraussetzung für die Mandatserfüllung wiederherzustellen: die entmilitarisierte Zone.
2. Solange die UNDOF-Zone Bürgerkriegsgebiet ist, kann das Mandat nicht erfüllt werden. Mit einem geänderten Mandat bestünde die Gefahr, dass die UN-Einheiten in den Bürgerkrieg hineingezogen werden. Daher spricht sich Österreich für die Wiederherstellung der Voraussetzungen für das bestehende UN-Mandat aus (Überwachung des Waffenstillstands in einer entmilitarisierten Zone)
3. Nach wie vor spricht sich Österreich gegen Waffenlieferungen an die Bürgerkriegsparteien aus. Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung sollen dazu weiter in UNO und EU zur Herstellung eines lückenlosen Waffenembargos initiativ werden.

